

# SPD SCHWETZINGEN GEMEINDERATSFRAKTION

ROBIN PITSCH, FRAKTIONSVORSITZENDER  
HERZOGSTRASSE 15, 68723 SCHWETZINGEN



Datum 19.7.2018

## STELLUNGNAHME:

### Gründung zur Schwetzinger Wohnungsbau-Gesellschaft

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Herren OB und Bm,

Zustimmung, Zustimmung, Zustimmung!!! Ja, ja ,ja.

Es wurde Zeit, dass wir diese neue Wohn- und Entwicklungsgesellschaft gründen. Ursprünglich ploppte die Idee einer solchen Gründung ja bei der möglichen Entwicklung der Konversion auf. Aber das Thema „Wohnen“ spielt weit über die Konversion hinaus an allen Ecken und Enden in Schwetzingen eine zentrale Rolle - klar nicht nur in Schwetzingen.

Und immer wird es um das ambivalente Verhältnis zwischen dem „anlage- und gewinnorientierten Wohnungsmarkt“ auf der einen und den „Wohnpreismöglichkeiten“ der tatsächlichen Nutzer, z.B. insbesondere Familien, Alleinerziehende, etc. gehen. Auch dieses Verhältnis ist in Schwetzingen längst aus den Fugen geraten. Wir brauchen hier seit langem sozial verträglichen und bezahlbaren Wohnraum.

Und hier wird es jetzt tricky: wer hier am Tisch glaubt, für uns hätte sich das Thema „Wohnen“ mit den heutigen Beschluss (den wir ja auch aufs Heftigste begrüßen) quasi von selbst erledigt, der täuscht sich gewaltig: Wir als Stadt, wir als Gemeinderat und damit auch die Fraktionen müssen sich mit einigen Fragen beschäftigen - also zumindest dann, wenn man sich als Gemeinderat als „Gestalter“ anstatt nur „Beisitzer“ versteht. Kommunale Wohnpolitik - und nichts anderes leitet der heutige Beschluss ein - muss aktiv durch den Gemeinderat gestaltet werden. Das fängt bei Fragen an wie...

Wie definieren wir „bezahlbares“ Wohnen, was heißt „bezahlbar“, wieviel Euro pro Quadratmeter sollen das sein? 6, 7, 8, 9 Euro?!

Wie definieren wir „soziales“ Wohnen? Was zählt da dazu? Soll die Stadt dann einzelne „Billig-Wohnblocks“ entwickeln, womöglich am Rande von Entwicklungsflächen, damit die hochpreisigen im Zentrum genug Rendite abwerfen? Wo wollen wir welche Flächen entwickeln

Wo und wie wollen wir die Wohnbauentwicklung beeinflussen, u.a. auch bei der Oststadterweiterung?

Wollen wir Quoten für „bezahlbaren“ Wohnraum bei grundsätzlich allen Projekten festschreiben? Wenn nein, wieso nicht? Nach welchen Prinzipien sollen sich neue Wohnprojekte in Schwetzingen richten? Instrumente gibt es ja: Stichwort städtebaulicher Vertrag, usw.

Wie beziehen wir die bereits existenten Expertisen mit ein, z.B. die Wohnraumanalyse, die ja ganz klar sagt: die soziale Mischung ist der Königsweg! Wie wollen wir das umsetzen?

Und wenn wir gerade bei sozialer Mischung sind: haben wir überhaupt jetzt schon genug Sozialwohnraum, also solchen, für den die Bewohner einen Wohnschein brauchen? Mas muss denn ein Berechtigter in Schwetzingen tun, um tatsächlich an eine Sozialwohnung zu kommen? Kommen wir da unseren Pflichten nach? Wie sind wir da aufgestellt? Diese Frage würde ich gerne jetzt schon beantwortet bekommen.

Es sind also zahlreiche Diskussionspunkte, die entschieden werden müssen, wenn diese neue Wohnungsbaugesellschaft der Stadt verantwortlich demokratisch agieren will - und zwar nicht nur am „Markt“ agieren, sondern auch bewusst als Gegenpol zu diesem, zu Spielregeln, die in erster Linie der Gemeinderat vorgibt und gerade eben nicht der Markt.

Daher stellen wir folgende Anträge, die wir noch schriftlich nachreichen:

Antrag auf Durchführung einer Gemeinderatsklausur mit dem Thema Wohnungspolitik

Antrag auf Erstellung einer „Wohnungsbestandskartei“ für Wohnungen und Grundstücke im Besitz der Stadt Schwetzingen, damit Gemeinderäte eine Übersicht haben.

Antrag auf Erstellung einer „Leerstandskartei“: Übersicht, welche Wohnungen in Schwetzingen aktuell leer stehen, nicht nur solche in Stadtbesitz.

Antrag auf Erstellung von „Wohnentwicklungsfahrplänen“ für die zu entwickelnden Flächen: Welche Ziele kann die Stadt in den jeweiligen Gebieten erreichen, mit welchen Maßnahmen steuern?

Für den heutigen Beschlussvorschlag: Zustimmung von der SPD und weitere Hausaufgaben, die wir alle zu tun haben - uns klar werden: was wollen wir kommunalpolitisch beim Thema Wohnen erreichen. Aber das, wenn man Äußerungen, Zeitungsartikel, Wahlprogramm liest, sollte eigentlich in dieselbe Richtung gehen, jetzt gilt es, Farbe zu bekennen.